



Medienkommentar

# Venezuela: inszenierte Unruhen nach ukrainischem Strickmuster?



**In den vergangenen Wochen wurde in den Medien immer wieder über Demonstrationen in Venezuela berichtet. Gestern nun, am 6.5.2014 meldete Radio...**

Guten Abend liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf Klagemauer TV. In den vergangenen Wochen wurde in den Medien immer wieder über Demonstrationen in Venezuela berichtet. Gestern nun, am 6.5.2014 meldete Radio-SRF 1, dass die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch der Regierung in Venezuela vorwirft, Menschenrechtsverletzungen gegen die oppositionellen Demonstranten begangen zu haben. Wie es schon in der Berichterstattung der westlichen Medien über Kiew und den Maidan der Fall war, findet auch in der Berichterstattung über Venezuela vorwiegend nur die Opposition Gehör. Um sich als mündiger Bürger in einer Sache selber eine Meinung bilden zu können, braucht es immer auch Gegenstimmen. Deshalb lassen wir heute zur Lage in Venezuela den ehemaligen Schweizer Botschafter Walter Suter zu Wort kommen.

Er war viele Jahre für die Schweiz in Venezuela und unterhält auch heute noch enge Kontakte zu Lateinamerika. Suter bezeichnet die Berichterstattung über die Geschehnisse in Venezuela als einseitig und unfair. In einem aufschlussreichen Streitgespräch mit dem Korrespondenten des Tagesanzeigers - einer der grössten Schweizer Tageszeitungen - und einem ebenso aufschlussreichen Interview mit der nicht Mainstream-konformen Wochenzeitung „Zeitfragen“ zeigt er verblüffende Ähnlichkeiten mit Kiew und dem Maidan auf.

Angesprochen auf die Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Regierung sagt Suter: „Falls die Berichte zutreffen, ist das selbstverständlich zu verurteilen. Aber wie gesagt, die Staatsanwaltschaft hat Übergriffe angeprangert, und es sind deswegen Prozesse gegen Polizisten eingeleitet worden, wie es sich für einen Rechtsstaat gehört. Gewalttätig sind im Übrigen vor allem viele Aktionen protestierender Studenten, was durch Bilder und Videoaufnahmen mehrfach belegt ist. Vermummte, die öffentliche Gebäude sowie Gesundheitszentren angreifen, Tausende von Bäumen fällen, um Barrikaden zu errichten und den öffentlichen Verkehr zu stören; all das hat nichts mit friedlichen demokratischen Protesten zu tun.[...]"

Suter weiter: „Sicher ist, dass die Opposition von den USA Unterstützung bekommen hat. Die Medien haben weltweit von Menschenrechtsverletzungen berichtet – Tatsache ist, dass von den 35 Toten, die es im Verlaufe dieser 5-wöchigen Demonstrationen gegeben hat, die Mehrheit nachweisbar Anhänger der Regierung waren.“ Auf die Frage ob auch Heckenschützen am Werk waren, antwortete Suter: „Ja, sogenannte Söldner, die einen Auftrag zum Töten haben. Diese schiessen bewusst erst auf die Opposition, aber auch auf Sicherheitskräfte, um die Stimmung richtig anzuheizen. Das gab es auch schon im Jahre 2002.[...]"

Gegen Schluss des Interviews wurde Suter die interessante Frage gestellt, weshalb der venezolanische Präsident Nicolas Maduro, US-amerikanische Diplomaten ausgewiesen hat?

Suters Antwort darauf war: „...weil sie Mitarbeiter der Botschaft ertappt hätten, wie sie mit den gewaltbereiten Rädelsführern der Opposition, die für die gewalttätigen Auseinandersetzungen verantwortlich waren, regelmässig Kontakt hatten. Es ist allgemein bekannt, dass Nicht-Regierungs-Organisationen, die die Demokratie fördern sollten, sich in diese Abläufe einmischen, gesteuert durch das National Endowment for Democracy - NED. (Das ist eine US-amerikanische Stiftung mit dem angeblichen Ziel der weltweiten Förderung der Demokratie). Hier werden letztlich über die CIA die Mittel gesprochen und eingesetzt bei Gruppen, die die Staatsgewalt unterminieren wollen. Dabei hat man sie erwischt und deshalb dann ausgewiesen. Man hat die Personen beim Namen genannt und ihnen dieses Tun vorwerfen können.“ Soweit die klaren Äußerungen des ehemaligen Botschafters.

Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, ob es nun die Demonstrationen des sogenannten Arabischen Frühlings, ob es jene auf dem Maidan in Kiew sind oder ob es - wie laut Alt-Botschafter Walter Suter - die Unruhen in Venezuela betrifft: Auffallend ist die verblüffende Ähnlichkeit, nach welchem Strickmuster diese verlaufen. Das sollte man im Bewusstsein haben, wenn irgendwo auf der Welt gegen die Regierung demonstriert wird und dieser Menschenrechtsverletzungen gegen die Demonstranten vorgeworfen werden. Es könnte dabei helfen, selbst in der Lage zu sein, den roten Faden in den aktuellen Weltereignissen immer klarer zu erkennen.

Guten Abend.

von mb.

---

#### Quellen:

9:00 Nachrichten auf SRF 1 vom 6.5.2014 <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1775http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/amerika/Der-Chavismus-hat-eine-gewaltige-historische-Leistung-vollbracht/story/25456856>

---

#### Das könnte Sie auch interessieren:

#Venezuela - [www.kla.tv/Venezuela](http://www.kla.tv/Venezuela)

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](http://www.kla.tv/Medienkommentare)

---

#### Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](http://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: [www.kla.tv/abo](http://www.kla.tv/abo)

---

### Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!**

Klicken Sie hier: [www.kla.tv/vernetzung](http://www.kla.tv/vernetzung)

---

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.